

Dresdner Volkszeitung

Volksredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Sect. 40/10, Dresden
und Städtische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettersplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettersplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompositionslinie
30 Pf., die 90 mm breite Reklamelinie 1,50 Mk., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuch-
anzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Vertriebsleistung 10 Pf.

Nr. 115

Dresden, Donnerstag den 20. Mai 1926

37. Jahrg.

Minoritätenskabine - Übergangsregierung

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
Die am Mittwoch erfolgte Verlesung der Regierungserklärung dauerte zehn Minuten. Die Reden der einzelnen Fraktionsvertreter währten nicht viel länger. Dann wurde in einfacher Abstimmung beschlossen, die Erklärung der Regierung zur Kenntnis zu nehmen und über die anderen Anträge zur Tagesordnung zu übergehen. Die Mehrheit setzte sich aus der Deutschen nationalen Volkspartei, dem Zentrum, der Mittelschichtpartei, den Demokraten und den Sozialdemokraten zusammen. Die Deutschnationalen enthielten sich, die Kommunisten und Sozialisten stimmten dagegen. Die beiden zuletzt genannten Fraktionen hatten Mißtrauensvoten eingebracht, aber es schien ihnen mit dieser Aktion selbst nicht recht ernst zu sein; denn sie hatten zusammen nicht einmal die zur Unterstützung des von ihnen gestellten Antrags auf namentliche Abstimmung notwendigen fünfzig Mitglieder im Saal.

Rang einräumt und vor allem ihre Alleinherrschaft auf den Gebieten der diplomatischen Vertretungen verleiht. Das ist der einzige Weg, auf dem sich, wie die Dinge liegen, weiterkommen läßt.
Indessen, wenn das Fest der Pfingsten vorüber ist und wenn dann etwas später der Volkstagswahl hinter uns liegt, werden wir es mit bedeutungsvolleren Problemen zu tun haben. Wie sich die gestern zur Kenntnis genommene Regierung zu ihnen stellen wird — darauf kommt es an. Wir hoffen ihr gegenüber durchaus freie Hand und sind auch völlig ungebunden bei der Entscheidung über ihre Nachfolgerin. Wir werden nur die Sorge nicht los, daß das neue Kabinett Marx nicht das letzte „Übergangsministerium“ in diesem Reichstag sein wird.

Sozialdemokratischer Flaggenantrag

Der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachte Beschlusstext zur Flaggenfrage, woran der Abgeordnete Müller, Franken, bereits in der gestrigen Reichstagsitzung sprach, hat folgenden Wortlaut:
Artikel 1: Bei der Beflaggung von Gebäuden der Reichs- und Staatsbehörden ist die schwarzrotgoldene Flagge zu verwenden.
Dort, wo auf Grund besonderer Bestimmungen neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge andre Flaggen gehißt werden (z. B. Landesflaggen) muß das Ausmaß des schwarzrotgoldenen Flaggenstückes das der andern Flaggen übersteigen.
Artikel 2: Die Gebäude der deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland müssen ausschließlich die schwarzrotgoldene Reichsflagge.

Das Übergangsgeschick

D. Berlin, 20. Mai. (Sig. Funkpruch.) Die Berliner Presse aller Richtungen unterstreicht den Übergangscharakter der Marx-Regierung. Die Verhältnisse bleiben nach wie vor unklar und gespannt, erklärt der Vorwärts, und vieles spricht dafür, daß die Mehrheit für eine künftige Regierung nicht durch Verhandlungen der Parteien, sondern erst in schweren Kämpfen gewonnen wird. Der erste dieser Kämpfe wird der um den Volksentscheid sein. Zeigt er, daß im Volk eine Verschiebung der Kräfte eingetreten ist, so wird auch der Kampf um einen neuen Reichstag nicht mehr fern sein. Die Windstille im Reichstag ist nur ein Vorzeichen des kommenden Sturmes.
Rechtlich äußert man sich im Lager der Rechten. Die Deutsche Tageszeitung schreibt u. a.: „Das Übergangsgeschick des Übergangskabinetts hängt von dem Gesicht ab, möglichst lange zwischen rechts und links zu labieren. Seine Aufgabe ist, im rechten Augenblick nach der rechten Seite hinzusteuern.“
Unter „rechten Seite“ versteht das Wortspiel natürlich die Reichsparteien.

Ernstste Krise in Frankreich

P. Paris, 19. Mai. (Sig. Draht.) Die Erfolglosigkeit der Londoner Reise des Finanzministers Beret, dem es weder gelungen ist, eine Regelung der französischen Schulden an England zustande zu bringen, noch die Bewahrung neuer Kredite an Frankreich zu erwirken, sowie der dadurch bedingte neue katastrophale Ansturm auf die Pariser Börse, haben in Paris lebhafteste Besorgnisse hervorgerufen. Um der neuen, überaus ernsthaften Lage Rechnung zu tragen, hat die sozialistische Kammer beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, die Kammer noch vor dem im Anstich genommenen Zeitpunkt, dem 20. Mai, einzuberufen. Es sind bereits Interpellationen über die Währungsfrage und über die Maßnahmen, die die Regierung zu ihrer Behebung zu ergreifen gedenkt, angekündigt. Die neue Aussprache über das Finanzproblem kann bedeutsame innerpolitische Folgen haben. Ähnlich wie in den Zeiten der deutschen Inflation verlor sich in Frankreich die Spannung der Parteien. Die Regierung beginnt schon die besten Schichten der Bevölkerung zu erschöpfen. Die Verschickungen sind um so berechtigter, als der neue Ansturm auf die Pariser Börse das mit Mühe und Not hergestellte Gleichgewicht im Haushalt zu erschüttern droht.

Auszug der Dreiundzwanzig

Die uns der Parteivorstand mitteilt, haben von den dreiundzwanzig Abgeordneten der Fraktionsmehrheit nur zwei, Dagen und Götze, gegen ihren Ausschluß Berufung eingelegt. Die übrigen sind damit schon jetzt endgültig aus der Partei ausgeschlossen. Daß die dreiundzwanzig Abgeordneten von der Mehrheit auch ihre Loslösung von der Partei wollen, geht ja auch daraus hervor, daß sie mit allen Kräften ihre Spaltungsarbeit aufgenommen und unter dem Beifall der bürgerlichen Presse angefangen haben, sie wollen bei den nächsten Landtagswahlen mit eigenen Listen auf dem Kampfplatz erscheinen. Von vielen Parteigenossen wird die Nachricht von dem endgültigen Ausscheiden der Mitglieder der Fraktionsmehrheit wie eine Erlösung empfunden werden. Zu den Feinden, die die deutsche Sozialdemokratie rechts und links hat, ist nun einer mehr gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie wird das zu tragen wissen. Aber wir sind endlich den zermürbenden Kampf innerhalb der Organisation los. Auch die zwei, die Berufung gegen den Beschluß des Parteivorstandes eingelegt haben, dürften wohl selbst nicht daran glauben, daß sie mit ihrem Vorgehen noch irgendwelchen Erfolg erzielen können.

Man hat sich besser zum Kampf gegen den Feind verwendet hätte, aber das ändert nichts daran, daß doch dieser geistige Kampf für die Partei notwendig ist. Auch derjenige, der im einzelnen recht, kann der Partei gute Dienste leisten, wenn er seine Anschauungen innerhalb der Partei vertritt. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Die Kräfte von Dornstein, die Ledebour und Legien haben von allen Gegenpartnern gleichzeitig in der Sozialdemokratie gewirkt, jeder hat der Partei in seiner Weise gedient. Ohne diesen geistigen Kampf, wie ihn die Sozialdemokratie seit jeder Stunde, würde jetzt der Entwicklung aufstehen. Aber notwendig ist es, daß man immer wieder den Weg zu einseitigem Handeln findet, und deshalb muß derjenige, der in der Minorität bleibt, sich fügen können. Niemand aber wird es ihm verübeln, wenn er den Kampf für seine Anschauungen innerhalb der Partei immer wieder von neuem aufnimmt, wie das z. B. auch Ledebour und seine Freunde getan haben; doch was ein wenig Vernunft und Recht war, mußte den Verstand und die Würde billig sein.

Trotzdem bleibt es betrübend genug, daß Männer, die zum Teil jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung tätig waren, es zu ihrer billigen Loslösung von der Partei kommen lassen und sogar fertigbringen, eine eigene Organisation zur Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie zu gründen, orgelich schon der Jubel der bürgerlichen Presse gegen mühe, wessen Geschäfte sie besorgen. Sie suchen es manchmal so herzustellen, als wenn sie sich nur von der sächsischen Sozialdemokratie trennen wollten. Das ist ettel Spiegelschreiber, sie wissen sehr gut, daß die sächsische Sozialdemokratie ein Teil der deutschen Sozialdemokratie ist und man nicht Spaltungsarbeit in Sachsen treiben kann, ohne zugleich damit den Kampf gegen die große Partei der deutschen Arbeiterklasse aufzunehmen.

Bei den Fraktionen, die vor dem Krieg in der Partei mitgetreten wurden, handelte es sich oft um tiefere Gegensätze als hier bei dem Streit in Sachsen. Die Genossen von der Mehrheit der Landtagsfraktion hätten sich doch schon längst fragen müssen, daß das ganze sächsische Koalitionsproblem, die Frage, ob man in Sachsen den Landtag etwas eher oder später auflöst, keine Spaltung der sozialdemokratischen Partei wert ist. Wie sind der Übergangung, daß die Mitglieder der Dreiundzwanzig an dem gesunden Sinn des sächsischen Reichstags zu scheitern werden. Die Dreiundzwanzig nehmen zwar den Mund voll. Sie wollen einen Parteitag abhalten, der aus ganz Sachsen besucht sein soll. In Wirklichkeit aber hat sich ihnen vorher nur ein kleines Häuflein angeschlossen. Gegenüberwärtige haben dieser Parteitagung, die des Streites innerhalb der Partei würde, und den Rücken gekehrt hatten, inzwischen wieder den Ausschluß der Partei vollzogen. Trotzdem bleibt das Vorgehen der Dreiundzwanzig eine schwere Sünde gegen das Parteivertreten. Aber die Parteigenossen dürfen sich durch die Spaltungsarbeit dieser Leute nicht irremachen und nicht entmenschen lassen. Wir sind schon mit härteren Gegnern fertig geworden als mit diesen dreiundzwanzig Abgeordneten und den paar Leuten, die ihnen nachlaufen. Gerade jetzt gilt es, mit allen Kräften für die Partei zu werben und den Feinden der Sozialdemokratie, die heute auf die Dreiundzwanzig so große Hoffnungen setzen, zu zeigen, daß man mit Hilfe von dreiundzwanzig Parteigenossen ebensowenig mit der großen Vereinigung über deutschen Parteiverfahren fertig wird wie früher mit Hilfe von Auswahlgewählten, Polizisten und Massenjuden.

Wenn es in irgendeiner Zeit notwendig war, daß die Arbeiterklasse zusammenschloß, so jetzt. Erst in den letzten Tagen haben wir erfahren, wie eifrig gewisse Kreise am Werk sind, um der Republik den Garaus zu machen. Eine furchtbare Krise durchläuft das Land. Die Kampfkräfte der Arbeiterklasse sind dadurch geschwächt, und da versuchen die Dreiundzwanzig durch ihre Spaltungsarbeit die Arbeiterklasse noch mehr zu schwächen. Wahrscheinlich, diese Leute, die so gern auf ihre jahrzehntelange Parteizugehörigkeit hinweisen, zeigen durch ihr Verhalten, daß sie trotzdem nicht gelernt haben, was für jeden Sozialdemokraten eigentlich selbstverständlich sein mußte.

Der Anzeiger vergießt Tränen

darüber, daß seine Redaktionen von „Klassenarbeitern“ aus der SPD, und „dem guten Anfang“ der neuen Parteibewegung nicht der Wahrheit entsprechen.
Er behauptet, daß keine „Gewählten“ der SPD, angeblich, es ist möglich, darüber zu streiten: es die außerordentlichen Regierungsräte und Beamten der „Gewählten“ sind über die ganze

Aber wie steht es nun mit der Regelung der Frage, über die der vorige Kanzler gestritten ist? Herr Marx hat erklärt, daß die Flaggenverordnung in Kraft sei. Ob diese Hervorhebung notwendig und zweckmäßig war, mag dahingestellt bleiben. Sichtlich zutreffend ist sie in jedem Fall. Es wäre kaum möglich gewesen, den Reichstagspräsidenten zu der Zurücknahme eines Gesetzes zu bestimmen, für den er zwar durch den Kanzler veranlaßt wurde, mit dem er aber immer persönlich engagiert hat. Ein Antrag auf Aufhebung der Verordnung würde, auch wenn er im Reichstag eine Mehrheit gefunden hätte, ohne Erfolg geblieben sein, da die Verordnung nicht auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen ist. Nur ein Gesetz kann die Verordnung unwirksam machen.

Ein solches Gesetz soll nach dem Willen der Regierungsvorläufer in einem Ausschuss vorbereitet werden, der über die Schaffung einer „alle Teile befriedigenden Einheitsflagge“ nachdenken soll. Wir fürchten, er wird recht lange nachdenken und dann doch nicht zum Ziele kommen, und deshalb hat die Sozialdemokratie einen Beschlusstext eingebracht, der ohne die Verfassungsbestimmungen zu beibringen, der schwarzrotgoldenen Flagge den ihr gebührenden